

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage der Abgeordneten Carina Hermann (CDU)

Antwort der Niedersächsischen Staatskanzlei namens der Landesregierung

Langer Arm der „Moskau-Connection“¹? (Teil 1)

Anfrage der Abgeordneten Carina Hermann (CDU), eingegangen am 22.12.2022 - Drs. 19/216
an die Staatskanzlei übersandt am 30.12.2022

Antwort der Niedersächsischen Staatskanzlei namens der Landesregierung vom 16.01.2023

Vorbemerkung der Abgeordneten

In einem Artikel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 21.12.2022 wird über die Verbindungen des Niedersächsischen Ministerpräsidenten nach Russland berichtet. Thematisiert wird u. a. ein Gespräch des Ministerpräsidenten mit einer russischen Delegation im September 2020 in Hannover. Des Weiteren wird über die Kontakte des ehemaligen russischen Honorarkonsuls Heino Wiese zur Niedersächsischen Landesregierung berichtet. Schließlich werden die Bemühungen des Ministerpräsidenten geschildert, eine Zusammenarbeit zwischen dem Land Niedersachsen und der Region Moskau zu etablieren.

1. Trifft es zu, dass die Landesregierung im unmittelbaren zeitlichen Umfeld zur Vergiftung des Putin Kritikers und russischen Oppositionellen Alexei Nawalny eine Partnerschaft mit der Moskauer Stadtregion erwogen hat?

Nein.

Bereits am 04.12.2018 hat der Oberbürgermeister der Stadt Moskau Sergej Sobjanin im Gespräch mit Ministerpräsident Weil eine engere Zusammenarbeit mit dem Land Niedersachsen vorgeschlagen. Die Staatskanzlei hat daraufhin am 10.04.2019 die Fachressorts um eine Prüfung möglicher Ansatzpunkte einer themen- und projektbezogenen Zusammenarbeit gebeten.

Zur Vergiftung von Herrn Alexei Nawalny verfügt die Landesregierung über keine eigenständigen Erkenntnisse. Laut übereinstimmender Presseberichterstattung fand sie jedoch am 20.08.2020 und damit im deutlichen zeitlichen Nachgang zu der o. g. Prüfung innerhalb der Landesregierung statt. Im Rahmen des in der Vorbemerkung genannten Gespräches vom September 2020 von Ministerpräsident Weil mit einer russischen Delegation ist eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen und der Moskauer Stadtregion nicht erörtert worden.

2. Hat, sofern in dem Gespräch des Ministerpräsidenten mit der russischen Delegation über diplomatische Beziehungen der Landesregierung zur Russischen Föderation gesprochen wurde, der an dem Gespräch teilnehmende Vorstandsvorsitzende des russischen Pharmakonzerns Binnopharm das Gespräch dafür verlassen? Wenn nein, sind in dem gesamten Gespräch keine geheimhaltungsbedürftigen Informationen ausgetauscht worden?

Der Vorstandsvorsitzende des Pharmakonzerns Binnopharm hat durchgängig an dem Gespräch teilgenommen.

¹ Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 13.03.2022

Das Verhältnis zwischen Niedersachsen und Russland war Gegenstand des Gesprächs. Diplomatische Beziehungen der Landesregierung zu anderen Staaten und interne Äußerungen der Landesregierung gegenüber anderen Staaten sind - sofern sie nicht zwischen den Staaten abgestimmt in die Öffentlichkeit getragen werden - grundsätzlich vertraulich. Dies entspricht einer ständigen Staatspraxis. Die russische Seite hat den Vorstandsvorsitzenden des russischen Pharmakonzerns Binno-pharm als Experten für die Pandemiebekämpfung zu dem Gespräch hinzugezogen. Damit hat die russische Seite ihn in ihren Vertrauenskreis für das gesamte Gespräch aufgenommen. Dies hat die niedersächsische Seite gemäß üblicher Praxis akzeptiert. Insofern durften alle Beteiligten davon ausgehen, dass vertrauliche Informationen von sämtlichen Gesprächsteilnehmern entsprechend behandelt werden.

3. Wer hat an dem Gespräch sonst teilgenommen (vollständige Namen und Funktionen)?

Neben Ministerpräsident Stephan Weil, dem Minister der Regierung von Moskau und Leiter der Abteilung für Außenwirtschaft und internationale Beziehungen Sergej Tscherjomin haben dessen Vertreterin Anastasia Sibileva, der Vorstandsvorsitzende des russischen Pharmakonzerns JCP „Binno-pharm“ Dmitry Zubov, der Referatsleiter Protokoll, Orden, die Referatsleiterin für Internationale Zusammenarbeit und Entwicklungspolitik in der Niedersächsischen Staatskanzlei sowie eine Dolmetscherin (deutsch-russisch) an dem Gespräch teilgenommen.

(Verteilt am 17.01.2023)